

Gießener Echo

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Gießen

Nr. 9/50. Jahrgang

September 2019

Schutzgebühr: 0,40 €

15 Jahre Montags-Demo in Gießen Hartz IV: zum Leben zu wenig, zum Sterben zu viel

Vor 15 Jahren, im September 2004, wurde auch in Gießen erstmals an den Montagen gegen Hartz IV demonstriert. Den Betroffenen und allen, die auf ihrer Seite stehen, war klar, dass damit eine Armutswalze ohnegleichen auf Arbeitslose zukommen würde. Heute lebt etwa ein Viertel der Bevölkerung in Armut, 40% der abhängig Beschäftigten erhalten niedrigere Löhne als vor 20 Jahren. Erfasst wird aber nur die Spitze des Eisberges.

Aus Scham, Unwissen oder Überforderung „verzichten“ viele auf die ihnen zustehenden Sozialleistungen. Rech-

net man diese mit ein, so wäre die Zahl der Bezieher von Hartz IV bzw. Grundsicherung doppelt so hoch.



Gießen, 20. September 2004...

Seit 15 Jahren bis heute steht in Gießen noch immer an jedem Montag von 18 bis 19 Uhr ein Häuflein Aufrech-

ter zum Protest gegen Hartz IV bei den drei Schwätzern im Seltersweg. Es waren mal mehr.

Viele sind durch den ständigen Kampf mit den gnadenlosen Job-Centern müde und ausgepowert. Die Diskriminierungen, Überwachungen, Demütigungen und die willkürlichen Sanktionen, mit denen das viel zu geringe Geld gekürzt oder für drei Monate ganz gestrichen wird, sind nicht ohne Folgen geblieben.

Hinzu kommt der Aufwand, angesichts knappster Kasse das tägliche Leben
(Fortsetzung auf Seite 3)

Wohnbau-Bilanz: negativ

Wieder hat es die Wohnbau fertig gebracht, keine einzige neue Wohnung zu schaffen. Laut Geschäftsbericht von 2018 sank der Wohnungsbestand von 7.124 auf 7.121, die Anzahl der preisgebundenen Wohnungen (also Sozialwohnungen) sank von 1.754 auf 1.659. Gleichzeitig sind 2.332 wohnungssuchende Haushalte gemeldet.

Ein Armutszeugnis, das nicht dadurch besser wird, dass die Wohnbau sich brüstet: Fast jeder 6. Gießener wohnt bei der Wohnbau.

Auch das ist nur Schönrederei. Vor 25 Jahren betrug der Anteil der Sozialwohnungen an der Gießener Gesamtzahl etwa 20%. Heute – bei gestiegener Einwohnerzahl und gleichgebliebenem Wohnbaubestand – beträgt er nur noch 15%.

Gleichgeblieben ist die Summe, die die Wohnbau von ihren Gewinnen an die Stadt auszahlt: Das sind 365.000 Euro, die den Mietern abgeknüpft wurden, um den Stadthaushalt zu sanieren. Das würde die HGO so vorschreiben, redet sich OB Grabe-Bolz heraus. Aber: Die HGO wurde von Politikern der gleichen Parteien beschlossen, die auch in den Magistraten sitzen. Es wäre ein Leichtes, sie zu ändern.

Sozialer Wohnungsbau muss keine Gewinne machen, er sollte auch keine GmbH sein, sondern unter kommunaler Aufsicht stehen – so wie es früher war, als über die Entscheidungen zur Wohnungspolitik im Stadtparlament abgestimmt wurde. Damit könnte auch eine Menge an Personalkosten eingespart werden. M.B.

Inhalt:

3. Weltkrieg?/Soldaten-Freifahrt	S. 2
Bannmeile/Stadtfest	S. 3
Partikeltherapie/Rüdes Sozialamt	S. 4
Chronische Stagnation/LaGa-Folgen	S. 5
Staat in Bedrängnis/Leserbrief	S. 6
Hetze zum DDR-Jahrestag	S. 7
Klimakiller Militär/Jodtabletten	S. 8



Für Frieden und Sozialismus!

DKP

Mit Scheuklappen in den 3. Weltkrieg

Praktisch alle Abrüstungsverträge, die in den letzten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts von der weltweiten Friedensbewegung erkämpft wurden, sind inzwischen gekündigt worden oder ohne Verlängerung ausgelaufen. Ein den größten Teil der Menschheit auslöschender Atomkrieg, ob aus Absicht oder aus Versehen, der damals abgewendet schien, ist jetzt wieder möglich geworden. Die neue Gefahr ist vielen noch nicht bewusst, wie die geringen Aktivitäten zum Hiroshima-Tag am 6.8. und zum Antikriegstag am 1.9. zeigten. Obwohl eine überwiegende Mehrheit der Bevölkerung gegen die Konfrontationspolitik der NATO-Staaten ist, können die Regierungen diesen Kurs fortführen und werden von den meisten Massenmedien darin unterstützt. Die EU wird mit

der künftigen Kommissionsvorsitzenden von der Leyen ihre Militarisierung vorantreiben, die neue Kriegsministerin Kramp-Karrenbauer will das NATO-Ziel, 2% des Bruttonationalprodukts für das Militär auszugeben, möglichst schnell erreichen. Mit immer neuen Meldungen über angebliche Mängel bei der Ausrüstung der Bundeswehr sollen den Bundesbürgern höhere Rüstungskosten schmackhaft gemacht werden. Dabei sind die Ursachen solcher Mängel nicht fehlendes Geld, sondern Bürokratie, Schlamperei und Korruption. Für das von der US-Regierung vorgegebene 2%-Ziel gibt es keine sachliche Begründung. Die NATO-Staaten geben schon jetzt mehr als 5mal so viel für ihre Armeen aus als alle potentiellen Gegner zusammen. Zur Verteidigung ist eine solche über-



SPD-Plakat von 1956

wältigende Überlegenheit nicht notwendig. Welche Kriege sollen da vorbereitet, welche Länder sollen erpresst oder unterworfen, welche Rohstoffquellen sollen erobert werden? Im Interesse der europäischen Länder wäre nicht eine Fortsetzung der aggressiven Politik gegen Länder wie Russland, China und Iran, sondern eine Verständigungspolitik. Zu Zeiten der Systemkonfrontation vor dem Ende der UdSSR wurde durch Verständigung Abrüstung möglich. Von der fortschreitenden Konfrontationspolitik profitieren nur wenige Rüstungskonzerne – es gibt viele zivile Projekte, für die das Geld dringend gebraucht wird. Gernot Linhart



Freie Fahrt für Soldaten in Uniform

Um die Akzeptanz der Bundeswehr weiter zu erhöhen und das Auftreten von Soldaten normal erscheinen zu lassen, sollen diese in Uniform in Zukunft überregionale Züge kostenlos nutzen dürfen. Über entsprechende kostenlose Fahrten im Regionalverkehr wird noch verhandelt. Hier könnte sicherlich noch einiges ausgebaut werden. Freier Eintritt bei Sportveranstaltungen in Uniform, freie Museums- und Bordellbesuche in Uniform, freie Einkäufe beim Discounter in Uniform, kostenlose Kindergartenplätze, wenn Eltern in Uniform die Kinder bringen. Wenn die Uniform noch Schusslöcher hat oder Eigen- und/oder Fremdblutflecken, könnte noch zu dem freien Benutzen der oben genannten Einrichtungen entsprechendes zusätzliches Leistungsentgelt bezahlt werden. Auch die psychotherapeutische Behandlung posttraumatischer Störungen nach Auslandseinsätzen könnte in Uniform kostenlos oder mit Prämien bei Uniform tragenden soldatischen Patienten verbunden werden. Und Arbeitslose könnten dazu eingesetzt werden, in Uniform kostenlose Fahrten durch die Republik zur entsprechenden Werbung für die Armee zu leisten. Also es gibt noch Vieles, um die Gesellschaft weiter zu militarisieren und die Kriegsvorbereitungen und Kriegsakzeptanz weltweit zu steigern, die Kostensteigerung für die Bundeswehr, angestrebt sind 2% des Bruttonationalproduktes laut NATO-Vertrag, muss eben entsprechend massenpsychologisch begleitet werden. H.R.



Bannmeile kann kommen

Im Februar hatte das Stadtparlament einstimmig (bei Stimmenthaltung der AfD) beschlossen, durch die Einrichtung einer Bannmeile von 150 m vor ProFamilia und der Praxis von Dr. Hänel zu gewährleisten, dass schwangere Frauen und andere Patientinnen unbehelligt von lamentierenden „Lebensschützern“ ihre Beratungsstelle aufsuchen können – in Übereinkunft mit der Landesregierung.

Die hat zwar im CDU-Grünen-Koalitionsvertrag genau dies vereinbart, entsprechende Anträge wurden jedoch abgelehnt. Jetzt hat sie sich eines Besseren besonnen und in einem Erlass geregelt: Demonstrationen und Mahnwachen seien nur dort zu genehmigen, wo kein Sicht- oder Rufkontakt mit der Beratungsstelle besteht. Immerhin. Jetzt ist das Stadtparlament am Zug.

Stadtfest: übergebührlige Abzockerei

Das Stadtfest mit zigtausend Besuchern war wieder einmal eine prima Sache. Einen Kritikpunkt gab es jedoch bereits schon vor Beginn: die saftigen Gebühren für die Außen gastronomie, die die Stadt kassiert.

Das Café Geißner in der Plockstraße wies seine Gäste darauf hin, dass man am Wochenende nur drinnen bedient wird, weil die Stadt für die Außenflächen das 16fache der sonstigen Gebühren verlange.

Auch das italienische Restaurant in der Sonnenstraße blieb im Außenbereich geschlossen. Zwischen 4 und 6 Euro pro qm im Monat ist der normale Preis, der während der „Sondernutzung“ beim Stadtfest aber mehrere hundert Euro betragen kann. Gutgehende Lokale und einige Buden mögen das locker abdrücken können, für andere ist es eine Zumutung.

Auf alle Fälle ist solche Abzockerei nicht in dieser Größenordnung nachvollziehbar. Auch wenn durch die vielen Besucher der Umsatz (wetterabhängig) steigt, müssen die Gastwirte z.B. während monatelanger Straßenarbeiten auch alleine klar kommen und erhalten deswegen keinen Ausgleich von der Stadt.

Michael Beltz



... und ein paar Jahre später

(Fortsetzung von Seite 1)

15 Jahre Montags-Demo

zu organisieren. Angst, Stress, Lethargie und Krankheit machen wehrlos, nur selten wütend – und dann leider oft auf die, die diese Misere nicht zu verantworten haben.

Sicher, noch immer wird jährlich hunderttausendfach gegen die Willkür der Job-Center geklagt; und in den meisten Fällen muss nachgezahlt werden. Das Bundesverfassungsgericht hat bereits vor Jahren geurteilt, dass die Berechnung der Regelsätze verfassungswidrig ist – getan hat sich nichts. Seit Anfang dieses Jahres prüft das Bundesverfassungsgericht, ob die Sanktionspraxis an sich gegen das Grundgesetz verstößt – und lässt sich Zeit.

Das ausstehende Urteil sowie die desaströsen Wahlergebnisse haben bei den Verantwortlichen zu einer Dis-

kussion über Hartz-IV-Reförmchen geführt, vielleicht ein wenig mehr für Kinder, vielleicht mildere Strafen... Am System selbst soll nicht gerüttelt werden, das ist fester Bestandteil der von SPD/Grünen beschlossenen Agenda 2010, die „Deutschland“ (d. h.: das deutsche Kapital) stärken und seine Weltmachtposition ausbauen soll. Das ist zweifellos gelungen. Die meisten Menschen wissen ganz genau, dass die Kapitalinteressen die Politik bestimmen und nicht ihre Bedürfnisse.

Sie sehen das an der Wohnungsnot, der Arbeitslosigkeit, dem Gesundheitswesen, der Klimakrise... Sie wissen, dass die BRD sich zwar Demokratie nennt, aber keine ist. Sie wissen noch nicht, dass sie das ändern können und müssen – und dazu reichen keine Wahlzettel.

Erika Beltz



Glauben Sie uns kein Wort – testen Sie uns!

Drei Wochen! Kostenlos! Unverbindlich!

030/536355-81/82 - redaktion@jungewelt.de - www.jungewelt.de



Partikeltherapie:

wenig Profit – wenig Behandlungen

Mit sechsjähriger Verspätung hat die Rhön-Kliniken AG, Betreiberin des Uniklinikums Gießen/Marburg, die von ihr beim Kauf des Klinikums zugesagte Partikeltherapie vollständig übernommen.

Schon vor Fertigstellung dieser Anlage zur Bestrahlung spezieller Tumore hatte die Konzernleitung erkannt, dass deren Betrieb nie profitabel möglich sein wird. Deswegen wollte sie sich von ihrer Zusage lösen. Erst durch öffentlichen Druck und die Androhung einer Vertragsstrafe kam es doch zur Inbetriebnahme.

Mehrheitsgesellschafter wurde die Uniklinik Heidelberg, die in Deutschland Pionier bei dieser Art der Krebsbehandlung ist. Da die angestrebten Patientenzahlen nicht erreicht wurden, stellten die Betreiber im September 2018 einen Antrag auf Insolvenz, der Bestrahlungsbetrieb lief aber weiter.

Jetzt wurde der Insolvenzantrag zurückgenommen, die Rhön AG

hat die Anlage vollständig übernommen – sonst wäre eine Strafzahlung von mehr als 100 Millionen Euro fällig gewesen. Bis jetzt werden immer noch zu wenig Patienten behandelt. Krebs-

ranke, für die diese Bestrahlung die beste Therapie wäre, gibt es genug. Für Strahlentherapie gibt es hohe Fallpauschalen, deswegen geben Kliniken solche Patienten nur ungern an

andere Häuser ab – auch wenn dort ihre Chancen auf Heilung oder Besserung höher wären.

Das ist eine logische Folge der Vergütung mit Fallpauschalen. Die Partikeltherapie wird wohl weiterhin ein Verlustgeschäft bleiben. Es ist zu befürchten, dass die Rhön AG diese Verluste von den Beschäftigten in ihren anderen Kliniken erwirtschaften lassen will, keine guten Aussichten für das sowieso schon überlastete Personal.

Es sind kampfbereite Belegschaften nötig, um diese Gefahr abzuwenden. Der ganze Vorgang zeigt wieder mal, dass die profitorientierte Medizin ein Irrweg ist. Krankenhäuser und ähnliche Einrichtungen gehören in öffentliche oder gemeinnützige Hände.

Gernot Linhart



Kasernenhofton beim Sozialamt

Ab 1. Juli gab es für Rentner ein paar Prozent mehr, je höher die Rente, auf umso mehr konnten sich die Zahlungsempfänger freuen. Überhaupt nicht freuen konnten sich Rentner, deren Rente nicht zum Leben reicht und die deswegen auf Grundsicherung und evtl. persönlich bedingtem Mehrbedarf angewiesen sind. Sie bekommen die Erhöhung gleich wieder von dem am Hartz-IV-Satz orientierten Betrag abgezogen. Das geht aber nicht automatisch, der neue Bedarf muss praktisch neu beantragt werden. Dazu werden die Leistungsbezieher von den zuständigen Ämtern angeschrieben. Die versendeten Briefe haben es in sich – es sind nicht etwa höfliche Schreiben, wie sie sonst im Geschäftsleben üblich sind, sondern eine Aneinanderreihung von Befehlen und Drohungen: *Schicken Sie uns bis (sehr kurze Frist) folgende Unterlagen, sonst werden die Leistungen gestrichen, gegebenenfalls können wir Sie auch persönlich vorladen.*"

Die Frist ist so kurz, dass die Angesprochenen in Zeitnot geraten. Oft sind sie ja alt und behindert, jeder Gang zur Behörde, Bank oder zum Kopierladen ist beschwerlich und nicht bei jedem Wetter möglich. Ein Horror ist die Möglichkeit einer persönlichen Vorladung, viele haben sich schon länger kaum weit von ihrer Wohnung wegbewegt. Eine Fahrt mit öffentlichen Verkehrsmitteln, eventuell mit Umsteigen, ist für manche kaum vorstellbar. Gefordert werden auch Unterlagen, die dem Amt längst vorliegen, z.B. der Rentenbescheid vom Vorjahr. Angefordert werden alle Kontoauszüge der letzten drei Monate. Dabei wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass nicht nur die Einnahmen, sondern auch die Ausgaben kontrolliert werden. Welche Ausgaben dem jeweiligen Sachbearbeiter missfallen und zur Kürzung der Bezüge führen könnten, bleibt unklar. Darf man an Essen und Kleidung sparen und mal eine CD oder ein Buch kau-

fen? Ist ein Theater- oder gar Restaurantbesuch erlaubt? Der Betroffene muss sich bei jeder Zahlung per Überweisung oder Karte fragen, ob die Ausgabe dem Amt genehm ist. Mit der nach dem Grundgesetz angeblichen Unantastbarkeit der Würde ist das kaum vereinbar. Gernot Linhart



Die chronische Stagnation

Die Konjunkturpropheten in Deutschland sind von einem mulmigen Gefühl befallen. „Die deutsche Wirtschaft ist in eine heikle Phase geraten: Entweder sie beult die aktuelle Konjunkturdelle noch aus – oder sie kippt in die Rezession“, weiß der Gießener Anzeiger. Die leichte Schrumpfung sei ein Warnsignal. Nach zehn Jahren stehe die Konjunktur jetzt still. Nun weiß auch das „Gießener Echo“ nicht, wie tief der jetzige konjunkturelle Fall wird. Aber dennoch weiß es einiges mehr. Ein gewisser Karl Marx hat darauf aufmerksam gemacht, dass der Kapitalismus etwa alle zehn Jahre eine Krise hervorbringt. Da gab es die Zeit nach dem zweiten Weltkrieg mit

seinen verheerenden Zerstörungen, da dauerte es bis zur nächsten Krise etwas länger, aber ansonsten stimmt der Zehnjahreszyklus in etwa. Die letzte Krise ereignete sich nach dem Zusammenbruch der Lehman Bank im Jahre 2008 mit der Folge des Zerplatzens einer gigantischen Finanzblase. Und seit Lehman und seinen Folgen hat sich die Weltwirtschaft nie wirklich erholt. Die Krise wurde aufgeschoben durch das Fluten der Märkte mit billigem Geld, der Erfolg war eher mäßig. Die zur Krisenbekämpfung von 2008 gemachten Schulden wurden nicht zurückgezahlt, ganz im Gegenteil wurde der Liquiditätsfluss ausgeweitet. Aus der Kon-

junktur aus der Notenpresse wurde kein selbst tragender Aufschwung. Die globale Verschuldung wuchs in den letzten zehn Jahren auf die gigantische Summe von jetzt etwa 240 Billionen Dollar und damit etwa 320 Prozent des Welt-Bruttoinlandsprodukts. Aber die Anleger investieren nicht in die Produktion, sondern in Vermögenswerte, in Aktien und Beton oder sie bunkern ihr Geld in Steueroasen. Die Weltwirtschaft gleicht dem Heroinsüchtigen: Sie verlangt eine immer größere Dosis billigen Geldes. Bleibt der Nachschub aus, kollabiert das System. So wird die Wachstumsschwäche chronisch, die Stagnation dauerhaft. Klaus Mewes



"Kapitalismus"



Nach den Folgen der LaGa: Grüne/SPD/CDU abgetaucht?

Biologen haben nach langen Untersuchungen festgestellt, dass seit der Landesgartenschau der Bestand an Teichvögeln in der Wieseckau drastisch abgenommen hat. Als Ursachen benannten sie den Lärm und die Menschenmassen bei verschiedenen Alkoholfesten.

Keine öffentliche Reaktion gab es von den Parteien, die aus dem Landschaftsschutzgebiet eine touristische Geldquelle gemacht haben. Bier- und Weinfeste werden weiterhin vom Magistrat genehmigt, die Ämter wollen wohl ihren Parteifreunden nicht in die Quere kommen.

Nicht einmal das Umweltamt gab eine Stellungnahme dazu heraus. Die Hoffnung der Regierenden, dass der Umweltschaden in einem schwarzen Loch verschwindet, wird sich aber nicht bewahrheiten. M. Berger

Der bürgerliche Staat in Bedrängnis

In einem Beitrag für die „Welt“ am 19.06.2019 sinnierte der Ex-CDU-Generalsekretär Peter Tauber über die Konsequenzen nach dem Mord am Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke: Im „Kampf gegen Extremismus“ muss es möglich sein, Verfassungsfeinden bestimmte Grundrechte wie die Meinungs- und Versammlungsfreiheit zu entziehen.

Bemüht wird von Tauber der Artikel 18 des Grundgesetzes: „Wer die Freiheit der Meinungsäußerung, (...) zum Kampfe gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung missbraucht, verwirkt diese Grundrechte.“

Merkel und Seehofer sprangen ihm schnell zur Seite und das Ganze scheint eine koordinierte Aktion zu sein. Die bürgerlichen Medien hingegen sind allerdings bemüht, den entsprechenden Artikel in seiner Bedeutung herunterzuspielen.

Er sei doch weitestgehend unbekannt und taue nicht zur praktischen Anwendung. Allerdings handelt es sich dabei um liberalen Theaterdonner. Geht es doch bei dem Artikel 18 um einen

Kernbestandteil des juristischen Konstruktes der „wehrhaften Demokratie“. Für die praktische Anwendung gegen Verfassungsfeinde wies das Bundesverfassungsgericht in einer Entscheidung von 1969 den Weg. Es ging um eine Verfassungsbeschwerde im



Zusammenhang mit dem immer noch gültigen KPD-Verbot. Soviel zur Geschichte.

Spätestens seit der Finanzkrise von 2008 ist der Kapitalismus in den Augen vieler Menschen nicht mehr die

beste aller denkbaren Welten. Allein in der BRD gelten ca. 1/4 bis 1/3 der Bevölkerung in unterschiedlichem Maße als arm.

Das politische Personal des Kapitals, auch Politiker genannt, hat mit einem bisher nicht gekannten Vertrauensverlust zu kämpfen und mit ihm zusammen das von ihm repräsentierte politische System. Eine Reaktion darauf ist eine zunehmende Verschärfung der Polizeigesetze der Länder und eine Ausweitung der Befugnisse der Geheimdienste. Wobei sich diese Entwicklung wie unter einem Vergrößerungsglas besonders bei der Polizei zeigt, eine zunehmende Militarisierung und gleichzeitig die Ausdehnung geheimdienstlicher Befugnisse. Im Falle des ermordeten Regierungspräsidenten Lübcke wird das Dilemma bürgerlicher Politik deutlich: Einerseits sollen die Wut und die antikapitalistischen

Tendenzen von Teilen der Bevölkerung nach Rechtskanalisiert werden, andererseits soll die Rechte nicht so stark werden, dass sie zur Gefahr des „liberalen“ imperialistischen Systems wird. Henning Mächerle

Redaktionsschluss für
Oktober-Echo: Mi., 18. Sept.

Gießener Echo

Hrsg: DKP Kreisvorstand Gießen; verantw.: Erika Beltz, erscheint monatlich. Bezugsgebühren: 30 € im Jahr (inkl. Versandkosten). Konto (Sparkasse), IBAN: DE75 5135 0025 0000 1930 70, BIC SKGIDE5F. Druck: Gründruck Bestellungen, Leserbriefe, Anfragen an: Gießener Echo, Postfach 110226, 35347 Gießen, E-Mail: dkp@dkp-giessen.de. Im Internet: www.dkp-giessen.de

Wenn Sie an weiteren Informationen interessiert sind, bitte einsenden.

Ich möchte:

- das Gießener Echo abonnieren
- das GE online abonnieren
- Infos bekommen
- Einladung zu Veranstaltungen

Name:.....

Anschrift:.....

Mail:.....

6

Die Hoffenden

Worauf wartet ihr?

Dass die Tauben mit sich reden lassen
Und dass die Unersättlichen Euch
etwas abgeben!

Die Wölfe werden euch nähren
statt euch zu verschlingen!

Aus Freundlichkeit

Werden die Tiger euch einladen
Ihnen die Zähne zu ziehen!

Darauf wartet ihr!

Bertolt Brecht

Leserbrief

Diebe aller Länder....

Real-Kapitalismus ist die herrschende und radikale Marktideologie, in der jeder jeden nach Gusto bestehlen darf, und am Ende, jener, welcher am meisten gestohlen und angehäuft hat, zum legitimen Boss und selbstlosen Philanthropen gekürt wird.

Ganz ehrlich und ohne Ironie, gibt es einen idealeren Spielplatz für Mitmen-

Albert Einstein: Darum Sozialismus

„Ich bin davon überzeugt, dass es nur einen Weg gibt, dieses Übel loszuwerden, nämlich den, ein sozialistisches Wirtschaftssystem einzuführen, begleitet von einem Bildungssystem, das sich an den sozialen Zielsetzungen orientiert. In solch einer Wirtschaft gehören die Produktionsmittel der Gesellschaft und ihr Gebrauch wird geplant.“

(aus A.Einstein: Warum Sozialismus)

schen, die gier- und machtgesteuert sind?

Kein Wunder, dass diese Menschen den Kapitalismus so sehr schätzen und lieben; es ist quasi ihr Paradies auf Erden, in dem sie sich nach Herzenslust ausstehlen dürfen.

Diebe aller Länder, vereinigt Euch, Ihr habt nichts zu verlieren, als das, was ihr Euch in so viel mühsamer Gier zusammengerafft habt!

Claudio Coladangelo

Indoktrination und Hetze zum DDR-Jahrestag

Die Jubelfeier über das Ende der DDR vor 30 Jahren Mitte August im früheren Notaufnahmelager dürfte nur der Auftakt gewesen sein. Einig waren sich die Referenten Ministerpräsident Volker Bouffier (CDU) und der Historiker Hubert Kleinert (Grüne) darin, dass die Teilung und Westanbindung Deutschlands unvermeidbar gewesen sei. Wirklich? Das von den vier Siegermächten beschlossene Potsdamer Abkommen, das von deutscher Seite akzeptiert werden musste, stand dem entgegen; es postulierte ein einiges neutrales Deutschland – ohne Faschismus und ohne Militarismus.

Das passte Adenauernicht, der „*lieber das halbe Deutschland ganz, als das ganze Deutschland halb*“ wollte. Mit dem Grundgesetz und der Gründung der BRD wurde im Mai 1949 die Teilung vollzogen – noch unter Verzicht auf Wiederbewaffnung. Selbst Franz-Josef

Strauß hatte noch 1949 getönt: „*Wer jemals wieder ein Gewehr in die Hand nimmt, dem soll die Hand abfallen.*“ Am 7. 10. 1949, fünf Monate nach der BRD, wurde die DDR gegründet.

Unter Bruch des Grundgesetzes (und des Potsdamer Abkommens) beschloss die CDU-Regierung (mit Zustimmung der SPD) 1955 die Wiederbewaffnung.

„*Mit klingendem Spiel sollte die Bundeswehr durch das Brandenburger Tor*“ in die DDR einmarschieren – so

Adenauers Traum und Ziel, um als nächstes Europa „*bis zum Ural befreiert*“.

Nicht nur militärisch wurde die DDR bedroht. Es fand ein regelrechter Medien- und Wirtschaftskrieg statt, gegen den sich die DDR erfolgreich – auch mit dem Bau der Mauer – zur Wehr setzte und schließlich zu den zehn wirtschaftlich stärksten Staaten der Welt zählte.

Aber die Stasi?! Nach den Skandalen um CIA und NSA ist es etwas ruhiger geworden, und vergleicht man die Ab-

bruch rund 3% des Einkommens) sowie ein international anerkanntes Gesundheits- und Bildungswesen für alle. Daran darf heute nicht einmal mehr gedacht werden.

Die DDR musste mit allen Mitteln „delegitimiert“ werden, wie FDP-Justizminister Kinkel 1992 forderte. Dazu wurde und wird gelogen, dass sich die Balken biegen. Damit ja keiner auf den Gedanken kommt, in der DDR wäre das eine oder andere doch gar nicht so schlecht, vielleicht sogar besser gewesen. Erika Beltz



hörskandale, Trojaner und „Pannen“ des „Verfassungsschutzes“ mit der Stasi, so sieht letztere ziemlich unbedarft aus. Bleibt die „Freiheit“, gemeint vor allem die Reisefreiheit. Nach 1961 konnten DDR-Bürger in der Regel nicht in den Westen reisen. Aber ab 1964 durften Rentner die BRD besuchen. Das taten Millionen – und kehrten alle wieder zurück in die „Zwangsdiktatur“.

Warum? Dort gab es ein Recht auf Arbeit und auf Wohnung (die Miete

Wo ist das „DDR-Unrecht“?

Insgesamt 100.000 Ermittlungen wegen „DDR-Unrecht“ waren eingeleitet worden; ganze 300 davon (0,3%) haben zu einer Verurteilung geführt. Darunter waren 30.000 Verfahren gegen MfS-Mitarbeiter, aus denen 143 Anklagen entstanden, die mit 12 Geld- und 8 Haftstrafen ausgingen. Dabei wurde gegen das Rückwirkungsverbot u. a. Bestimmungen verstoßen; es wurde nichts unversucht gelassen, jedem Hinweis und jeder Diffamierung nachgegangen.

Es gab keine einzige Verurteilung wegen „Zwangsadoption“ oder „Stasi-Folter“ oder anderer Gräueltaten, die seitenfüllend von den hiesigen Medien in die Köpfe gehämmert werden.

Angaben aus: **Friedrich Wolff, Einigkeit und Recht. Die DDR und die deutsche Justiz. Berlin, 2005, edition ost, 12.90 Euro**

Der antiimperialistische Schutzwall

J. F. Kennedy hatte gemeint: „*Das ist keine besonders gute Lösung, aber eine Mauer ist verdammt noch mal besser als ein Krieg.*“

Ähnlich Bouffier und Kleinert: Der Bau der Mauer sei die beste von drei Alternativen für die DDR-Regierung gewesen, die anderen wären der Zusammenbruch des Systems und ein Atomkrieg gewesen (GA, 14.8.19).

Also wurde mit dem Bau der - heute verteufelten - Mauer der Krieg verhindert, der vorher offen angekündigt worden war. - Während die DDR der einzige deutsche Staat ist, der nie an einem Krieg beteiligt war, führt die militaristische BRD spätestens seit dem völkerrechtswidrigen Überfall auf Jugoslawien 1999 wieder Krieg und ist mit der NATO an weiteren Kriegen beteiligt.

Klimakiller Krieg und Militär

Fast überall auf der Welt wird den Menschen ein schlechtes Gewissen eingeredet: Nehmt das Fahrrad statt des Autos, esst weniger Fleisch, vermeidet Plastik, spart Energie! Das Ende der Menschheit ist in Sicht! Ganz bewusst werden dabei die wahren Umweltzerstörer verschwiegen: In Kriegen werden natürliche Ressourcen verbraucht und belastet, öffentliche Infrastrukturen zerstört, der Bevölkerung die Existenzgrundlage genommen.

Den US-amerikanischen Atombomben in Hiroshima und Nagasaki fielen nicht nur hunderttausende Menschen zum Opfer, die gesamte Natur ist auf Jahrzehnte radioaktiv verseucht. Mit den heutigen rund 15.000 Atomwaffen könnte ein Atomkrieg die Atmosphäre so stark verdunkeln, dass das Leben auf der Erde gefährdet ist.

Dass das Militär einen entscheidenden Anteil an der Klimakatastrophe hat, darf nicht bekannt gemacht werden. Auf Druck der USA und der NATO wurde es bewusst aus dem Kyoto-Protokoll und anderen UN-Klimaabkommen, wie z.B. der Charta

von Paris, herausgenommen. Damit gibt es weder internationale Berichtsverpflichtungen zum CO₂-Ausstoß noch definierte Reduktionsziele.

Die Zerstörung der Umwelt durch das Militär geht jedoch weit über die vernichtenden Kriege hinaus. Die Moorbrände 2018 im Emsland nach Raketentests der Bundeswehr zerstörten nicht nur Flora und Fauna, sondern setzten große Mengen an CO₂ frei. Trotzdem werden weitere Waffentests auf dem Gelände durchgeführt.

Kriegsflugzeuge und -schiffe haben einen enormen Treibstoffverbrauch und somit entsprechend hohe klimaschädliche Emissionen. Ein Eurofighter verbraucht ca. 70-100 Liter Flugbenzin pro Minute. Der verwendete Treibstoff JP-8 ist hochgiftig und krebserregend. Aus undichten Tankanlagen gelangt er in das Grundwasser, verseucht Pflanzen, Tiere und Menschen.

Der Kapitalismus ist nicht friedensfähig! Kriege und Aufrüstung gehören zu seinem Wesen. Ohne seine Abschaffung wird die Menschheit nicht überleben können.

Rainer Grabowski

DKP-Info-Stände

am Samstag, 28. September und am 26. Oktober, jeweils ab 10.30 Uhr am Kreuzplatz

Liebe Leserinnen und Leser, die Post hat ihre Gebühren drastisch erhöht; der Versand des Gießener Echos kostet jetzt 1.55 Euro

(als Büchersendung wie bisher wäre es noch teurer).

Wir bitten daher dringend um Spenden und wer sein Abo für dieses Jahr noch nicht bezahlt hat, bitte baldmöglichst nachholen.

Sparkasse Gießen, IBAN:

DE 75 5135 0025 0000 1930 70

Es grüßt mit herzlichem Dank die Echo-Redaktion.

Wir bedanken uns sehr herzlich bei allen Spendern!

Jodtabletten gegen Atomkrieg?

Die Bundesrepublik bestellt 190 Millionen Jodtabletten, um die Vorräte für atomare Störfälle aufzustocken. Offiziell wird das mit der Gefahr von Reaktorunfällen in Nachbarländern erklärt. Patrik Köbele, Vorsitzender der DKP erklärt dazu:

„Ob dies der einzige Grund für die Verfünnfachtung der Vorräte ist, darf bezweifelt werden, schließlich ist die Gefahr durch diese Reaktoren nicht neu. Vermutlich spielt deshalb auch der aktuelle Test einer Mittelstreckenrakete durch die USA und die Pläne zur Modernisierung der Atomwaffen im rheinland-pfälzischen Büchel eine Rolle. Aber Jodtabletten helfen nicht gegen die Gefahr eines Atomkrieges, da hilft nur Abrüstung.“

Deswegen fordert die DKP:

Abzug aller Atomwaffen aus Deutschland. Keine Stationierung neuer Mittelstreckenraketen.

Abzug der US-Truppen, deren Stationierung allein in diesem Jahr 75 Millionen Euro kostet.

Seit 2012 hat Deutschland 480 Millionen Euro für Bauvorhaben von NATO-Ländern in der Bundesrepublik ausgegeben, der Löwenanteil davon ging an die USA.

UZ-Sozialistische Wochenzeitung der DKP

UZ

Woche für Woche antikapitalistisch!

6 Wochen kostenlos testen

www.unsere-zeit.de
Hoffnungsstr. 18, 45127 Essen
info@unsere-zeit.de

Jeden Montag, von 18 bis 19 Uhr bei den 3 Schwätzern im Seltersweg/Ecke Plockstr:

Protest gegen Hartz IV

DKP Nachrichtenportal



blog.unsere-zeit.de
www.dkp-hessen.de
www.dkp-giessen.de
DKP-Gießen auch bei facebook

ALLES FÜRS KLIMA! Globaler Streik am 20. September – AUCH IN GIESSEN

Am 20.9. findet der dritte globale Klimastreik statt – weltweit werden Menschen auf die Straße gehen und für die Einhaltung des Parisabkommen und gegen die anhaltende Klimazerstörung laut werden. Warum am 20. September?

Während in Berlin das Klimakabinett tagt und in New York einer der wichtigsten UN Gipfel des Jahres vorbereitet wird,

wollen wir den 20. September zum größten globalen Klimastreik aller Zeiten machen.

Explizit rufen wir alle Generationen auf, auf der Straße dabei zu sein. Zusammen fordern wir einen gerechten und konsequenten Klimaschutz und die Einhaltung des Pariser Klima-Abkommens...

siehe: <https://fridaysforfuture.de/>